

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Liebkübler, Arbeiter u. Arbeitnehmer in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mf. 2

Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsstelle Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigelpaltene Zeitzeile 50 Pf., für die Zehntelzeilen 30 Pf.

## Kriegsbeschädigte und Gewerkschaften.

II.

Ein besonderer Programmypunkt der Kriegsbeschädigtenvereinigung ist die Bildung von "Arbeitsgenossenschaften für Heimarbeiter". Blinde und andere schwer Beschädigte, die als Bürstenbindler, Stahl- und Korblechter oder sonstige Heimarbeiter ausgebildet wurden und die neue Erwerbstätigkeit nunmehr selbstständig betreiben, sollen bei der Beschaffung von Rohmaterialien unterstützt werden, wie auch bei der Auffindung von Absatzquellen, und zwar in der Weise, daß Kriegsbeschädigte Hausleute oder andere ehemalige Kameraden die notwendigen Schreibereien unentgeltlich für sie besorgen. Bedarf es dazu einer besonderen Vereinigung? Die für Privatfirma beschäftigten Kleinhandwirte lassen sich ihre Rohmaterialien vom Lager holen oder schicken; was nicht telephonisch erledigt werden kann, das wird persönlich oder schriftlich von den Angehörigen besorgt, ohne daß den gelegentlichen Besuch eines Kameraden zu beklagen. Befinden sich an einem Orte mehrere solcher Heimarbeiter der gleichen Branche, so daß sie sich genossenschaftlich vereinigen können, dann haben wir in unsern Konsumvereinen die gegebenen Absatzquellen. Die in einem Arbeitsverhältnis stehenden Heimarbeiter aber müssen die Mitgliedschaft in ihrer gewerkschaftlichen Organisation fortforschen, oder aber der für sie zuständigen Organisation beitreten, um ihre Berufsinteressen in jeder Weise gewahrt zu wissen. Die einzelne Berufsorganisation kann dies natürlich weit wirksamer, als es einer Organisation der Kriegsbeschädigten für die Arbeiter und Angestellten der verschiedenen Berufe beim besten Willen möglich sein würde. Bei dieser Gelegenheit seien die weniger sattelfesten Kriegsbeschädigten Gewerkschaftsmitglieder auf den Nachteil hingewiesen, der ihnen aus der Absetzung ihrer Mitgliedschaft erwächst. Bauen sie auf all die Versprechungen, die ihnen die Kriegsbeschädigtenvereinigung macht, dann können sie leicht zu dem Glauben verleitet werden, durch den Anschluß an diese bei einem Monatsbeitrag von 50,- ihre Interessen vollauf gewahrt zu sehen. Unterlassen sie es deshalb, ihre Mitgliedschaft im Verbande fortzuführen, so begeben sie sich damit aller bisher erworbenen Rechten, auf die sie auch beim Übergang zu einer andern gewerkschaftlichen Organisation, die für ihre neue Erwerbstätigkeit zuständig ist, Anspruch haben. Kommen sie hinterher zur Einsicht, daß die Zugehörigkeit zur Kriegsbeschädigtenorganisation ihnen nichts bieten kann, sondern der Anschluß an ihren Verband nach wie vor notwendig ist, dann können ihnen die infolge der früheren Mitgliedschaft erworbenen Rechte nicht mehr eingeräumt werden.

Die Hilfe für fränkische Kriegsbeschädigte, die ebenfalls als Aufgabe der Sonderorganisation bezeichnet wurde, kann diese ebenso wenig direkt leisten, wie die Gewerkschaften es tun könnten. Es kann sich da lediglich nur gelegentliche Besuche handeln und um etwaige Vermittlung der notwendigen Hilfesleistungen. Die Familienangehörigen der Franken aber werden in den wenigen Fällen darauf warten können, bis ein Beauftragter vom Kriegsbeschädigtenverein Zeit hat einen Besuch zu machen. Sie werden selber bemüht sein, die nötige Hilfe zu schaffen und, soweit es notwendig ist, sich hierzu Kunstfertigkeit zu holen oder Beschwerde zu führen, wozu ihnen das Geschäftszimmer des Verbandes oder des Arbeiterssekretärs jeden Tag offensteht. Auch zur Gesundheitspflege der Kriegsbeschädigten, die einen weiteren Programmypunkt der Vereinigungen bildet, bedarf es solcher nicht. Was dazu notwendig ist, wie zum Beispiel die öffentlichen Schwimmbecken den Amputierten zu bestimmten Stunden ausdrücklich zur Verfügung zu stellen, kann ohne Sonderorganisation geschehen. Schließlich will der Kriegsbeschädigtenverband

noch sogenannte Bandabteilungen schaffen. Sowohl der beabsichtigte Brot, den Mitgliedern bei der Packung eines Stückchens Kartoffel- und Gemüselandes und dem Bedarf zu dessen Bestellung und Bearbeitung behilflich zu sein, nicht innerhalb der zahlreichen bestehenden Vereine und gemeinnützigen Vereinigungen errichtet werden kann, steht auch hier der Förderung billiger Anforderungen darunter die Vertrauensmänner der Arbeiter- und Angestelltenchaft in den Gemeindevertretungen nichts im Wege.

Weiter ist die Einrichtung eines Unterstützungsfonds beabsichtigt. Der Anzahlung eines solchen durch Heranziehung weiterer Kreise stehen die behördlichen Schwierigkeiten im Wege, während sich aus Mitgliederbeiträgen ein nennenswerter Fonds im Verhältnis zu den Ansprüchen nicht schaffen läßt, ohne die Mitglieder allzu sehr zu belasten. Jedemfalls steht dieser Fonds einstwohlen erst auf dem Programm als ein Werkmittel für den Verband. Ohne die gute Wirkung seiner Gründer anzusehn, muß doch gesagt werden, daß es von ihren Plänen ein weiter Weg ist bis zu ihrer Verwirklichung. Alle die Einrichtungen, die hier erst geschaffen werden sollen, haben die Kriegsbeschädigten Gewerkschaftsmitglieder bereits in ihren Organisationen zur Verfügung. Kurzum, eine wirtschaftliche Sonderorganisation von Kriegsbeschädigten ist eben so überflüssig, wie die gewerkschaftliche Organisation für die noch irgend erwerbstätigen Kriegsbeschädigten notwendig ist. Suchen die Kriegsbeschädigten ihre Interessen durch Sondervereinigungen zu vertreten, so laufen sie Gefahr, daß ihre Anforderungen als einseitig, übertrieben und unberücksichtigt abgewiesen werden. Anders, wenn sie ihre Berufsorganisation mit der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen betrauen. Hier hat ihre Stimme von vornherein ein ganz anderes Gewicht und findet leichter den nötigen Widerhall. Und wenn die Verhältnisse es mit sich bringen, daß die Gesamtheit der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen gemeinsam für die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten eintreten muß, dann ist der Erfolg ein unglaublich größerer und nachhaltiger, als ihn ein Delegiertentag der Kriegsbeschädigtenvereinigungen erzielen könnte.

Die Kriegsbeschädigten sollen und müssen selber mitwirken an der Wahrnehmung ihrer besonderen Interessen, ohne daß sie sich dabei auf sich allein verlassen und die Mitarbeit ihrer gesamten Berufsgenossen ausschlagen dürfen. Sie können es in einer Sonderorganisation nicht allen Parteien recht machen, ohne es schließlich mit allen zu verbauen. Sie müssen sich auf ihre bisherigen Organisationen stützen, die in jeder Weise bereit und bemüht sind, sich ihrer Kriegsbeschädigten Mitglieder gehörig anzunehmen. Aber auch für die Gewerkschaftsstelle wird es selbstverständlich sein, die ihnen auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge erwartenden Aufgaben nach besten Kräften zu erfüllen.

Für Nürnberg das Beugnis ausspielen, daß dort der Organisation der Konsumvereine von allen Seiten die beste Würdigung und volle Anerkennung entgegengebracht wurde. Das zeigte sich schon rein außerlich den anstehenden Vertretern am Straßenschild; vor allem legte aber die Antwort des Rechtsrats Dr. Merkl, die dieser auf die Begeisterungsworte des Verbandsdirektors Barth gelegentlich der Eröffnung der Tagung gab, Beugnis davon ab. Seine Worte befundenen viel Verständnis für die Ziele der Genossenschaftsbewegung an sich und für die Art ihres inneren Aufbaues, und er pries auch ganz besonders die werhafte und unschuldige Hilfe, die der Nürnberger Konsumverein der städtischen Kriegswirtschaft geleistet habe. Den Verstandenen übermittelte er ein "heraldisches Willkommen" der Stadt. Beauftragte Vertreter hatten auch die Gemeindekollegen von Nürnberg und Fürth entendet. Einiges völlig Neues bot sich in einer militärischen Vertretung; dasstellvertretende 8. Bayerische Armeekorps ließ der Tagung gleichfalls seinen Erfolg wünschen und erkannte die Leistungen der Genossenschaften. Von den andern eingeladenen Gästeen hob Genosse Silberschmidt von der Generalkommission noch den Kameradschaftlichen Geist hervor, der zwischen den Gewerkschaften und den Genossenschaften herrsche und herrsche, und er führte die Möglichkeit der weitgehenden Nähe, die der Zentralverband der Konsumvereine verwirklichen wolle, nur darauf zurück, daß dieser vom Vertrauen weiter Volkskreise getragen sei. Er wünsche, daß dieses Vertrauen immer mehr wache.

Eine besondere Ueberprüfung für den Fernliegenden war es sicher, daß in Nürnberg auch ein Vertreter der Allgemeinen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften anwesend war, der auf die vor 15 Jahren erfolgte Trennung in secessionistische, aber Genugtuung darüber äußerte, daß beide Verbände sich weiter entwideten. Der die Generationen vielfach übertrüffende Krieg habe auch die beiden Parteien im "Freien Auslauf" wieder nähergebracht; auf neutralem Boden sei man zu gemeinsamem Tun zusammengetreten. Der "Allgemeine" Verband hoffe, daß diese Freundschaftsgemeinschaft den Krieg überdauere; Gelegenheit zu gemeinsamer Arbeit werde sich immer finden. Über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sprach denn zunächst unter Hinweis auf den vorliegenden Jahresbericht Herr Heinrich Kaufmann. Die Hauptzahlen der Entwicklung sind unsern Lesern bekannt, brauchen also hier nicht angeführt zu werden. Er bildet die wirtschaftliche Lage infolge des Krieges und beflagn die vielen Nachteile, die die Zwangswirtschaftsführung im Gefolge hat; aber das freie Spiel der Kräfte sei eben unmöglich, so daß die Errichtung der Reichscentralstellen zur unbedingten Notwendigkeit wurde. Verurteilt müsse werden die zu große Selbständigkeit von Gemeinden und Kreisen, die die Warenverteilung immer nach ihrem eigenen Nutzen regeln. Darunter leiden vielfach die Konsumvereine stark; Besserung habe oft erst das Eingreifen der Gouvernements der Revolutionsverbände gebracht. Viel bleibt aber immer noch zu tun. Großes Gewicht legte Herr Kaufmann wieder auf die Propaganda zur Stärkung der Kapitalkraft der Konsumgenossenschaften, und er erinnerte hierzu nochmals an Beschlüsse des Generalrats und der Unterverbandsstage. Den Vereinen sei dringend zu empfehlen, den Geschäftsanteil auf M. 50 zu erhöhen und mindestens 1.-2. des Umlages jährlich den Reserven zuzuwiesen. Weiter kommt die Verwendung von Spareinsätzen zu Haushalten in Frage zw. 100, so daß bei Anwendung all dieser Mittel in fünf Jahren die Summe von 140 Millionen aufgebracht werden könnte.

Es wäre zu wünschen, die großen Hoffnungen Herrn Kaufmanns gingen restlos in Erfüllung; ob die Nachwirkungen des Krieges nicht doch Abhilfe machen, bleibt jedoch leider abzuwarten. Geld wird aber zweifellos in großen Mengen gebraucht; in erster Linie hätten die Genossenschaften, wie Kaufmann ausführte, die Bäckereien dahin auszubauen, daß die Mitglieder mit allen Backwaren versorgt werden könnten. Weiter kamen Großbäckereien und die Versorgung mit Milch und landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Frage. Auch eine bezirkswise Errichtung von Großbetrieben für Spezialartikel kommt in Betracht. Ein großer Teil der Produktion sei von der Großindustriegesellschaft aufzunehmen; in verschiedenen Bauperioden wolle man von dieser Seite 30 Millionen zum Ausbau der Eigenproduktion anlegen. Weiter müsse durch die Genossenschaften auch das Versicherungs- und das Rentwesen ausgebaut werden. Herr Kaufmann legte schließlich nochmals erneut eine gründliche Ausbildung und Heranbildung von Genossenschaftsangestellten an und konnte noch bestätigen, daß der Lehrwechselungsvertrag, vergleichender Mitglieder nunmehr genau geregelt ist.

## Der 14. Genossenschaftstag in Nürnberg.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hielt am 18. und 19. Juni seinen diesjährigen Verbandstag in Nürnberg, der durch liebevolle Pflege so wunderbar erhaltenen Städte mittelalterlicher Baukunst, ab.

Die Verhandlungspunkte waren alle rein geschäftlicher Natur, aber die Zeitereignisse und ihre Wirkungen auf die Konsumvereine sowohl als auf die ganze Genossenschaftsbewegung prägten auch dieser dritten Kriegstagung des Zentralverbandes ihren bedeutungsvollen Stempel auf. Für standige Besucher dieser Veranstaltungen war es erfreulich, wahrzunehmen zu können, daß schon in der Art des Empfangs und der Begrüßung des Genossenschaftstages durch die Stadt und die Pförden ein besonders warmer Ton zur Gelung kam; was Bayern in dieser Hinsicht schon immer eindrucksvoll als Preußen, so kann und muß man diesmal

Sehr zu betreuen wort der Wunsch des Herrn Kaufmann, dass man auch den Frauen, die Mitglieder der Vereine sind, in den Beratungen Sitz und Stimme einzutragen solle. Diese Ausführungen endeten in der Vorstellung einer öffentlich-rechtlichen Vertretung für die Gewerkschaften, die zunächst bei der Handelskammer gefordert werden müsse, und mit der Vertheilung eines allgemeinen Gewerkschaftsprogrammes für den Aufbau der deutschen Volkswirtschaft.

Die Herren H. Böcklein und Dr. August Müller hatten über die Tätigkeit des Vorstandes unter Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen zu sprechen, wobei bekannter Herr eine vom Vorstand, Ausschuss und Generalrat gemeinsam vorgelegte Resolution zur Annahme empfohlen. (Wir bringen sie aus Rücksichtnahme auf ein möglichst kurzes Blatt folgendes wiederzugeben.) Die Betriebe der Nahrungsmittelindustrie, 36.866 gegenüber 34.842 im Jahre 1916, waren auch im Berichtsjahr wohl beschäftigt. Die von den Mitgliedern zur Umfrage nachgewiesene Löhne und Gehälter der verschiedenen Berufe sind gegen das Vorjahr um über fünf Millionen Mark gestiegen. Wenn tatsächlich die Beiträge etwas erhöht werden müssten, so beruft dies auf dem Anwohnen der Industrie maßgebend daran, dass es eine Erhöhung der Löhne und Gehälter des Krieges ist. Das vorliegende Ergebnis der Wirtschaftssituation ist aber doch anders. Daraus gegenüber anderen günstig besteht. Weil die Summe der Ausgaben für Renten aufwärts geht, so ist weiter: Das Ansteigen der Unfallverhinderungen von M 189.914,14 im Jahre 1916 auf M 190.000,42 im 1916 beruht darauf, dass 793 Rentenempfänger neu hinzugestellt sind und diesen erheblichen Nutzen ein entsprechender Abgang an alten Rentenempfängern nicht gegenübersteht, da im Jahre 1916 zufolge des Munderlasses des Reichsversicherungsamtes vom 10. August 1914 Abfindungen überhaupt nicht, im Jahre 1916 war in wenigen geeigneten Fällen durchgeführt wurden und seit August 1914 förmliche Rentenempfänger, die nach einer Aussetzung des Krieges im Felde verblieben, ihre zum Teil erheblichen Rechte gewahrt worden, auch wenn sie ziemlich sicher anzunehmen war, dass eine folgende Verhinderung ihres

Lebens im Kriegsverhinderungsamt verzögert.

Diese Regelung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Samt es zur Befürchtung Dr. Müllers aus dem Gewerkschaftsamt, so hat er sich zweifellos einen leidlich befriedigenden Standpunkt vertritt.

Auf weiteren Frageabhandlung wurden noch Darlegungen über die Kriegsergebnisse und über den Aufbau des Gewerkschaftsverbandes der Konsumvereine gegeben. Als Sit einer Fortbildungsschule kommt nur Hamburg in Betracht. Herr Kuntze entwarf ein Programm des gewerkschaftlichen, das aus der Verhandlung seinerseits abgesprochen sind.

Am Ende der öffentlichen rechtlichen Beratung der Vertreterin vom Verbraucher durch Herrn Kaufmann, Stuttgart. Die angenommene Entwicklung ist vor und später bringen wollen, kommt zur einflussreichen Ansicht:

Unter diesen waren auch die Mitteilungen von Heinrich Lorenz über den internationalen Gewerkschaftsverband, dessen leitende Aussicht noch regelmäßige hohe Zinsen erhält; auch das Internationale Gewerkschaftsblatt erscheint wieder in allen seinen Ausgaben vor der Wundt getauft worden, zur Zeit der Friedensverhandlungen am gleichen Ort den Ausschuss tragen zu können. Der Vorschlag wurde über nicht ausgeführt, ebenso wurde die Abhaltung der Gewerkschaften, eine Zusammenfassung der Gewerkschaften der Alliierten abzuhalten, vom Ausschuss verworfen. Im allgemeinen fand Herr Lorenz darüber, dass eine bedeutende Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung überall eingesetzt hat. Erstaunlich ist, wie überwiegend in England große Fortschritte gemacht wurden. Ganz zuverlässige Zahlen liegen von dort genauso zweckmäßig vor, doch unbestimmt sei eine riesenhafte Entwicklung Lorenz ausdrücklich auf die Beschlüsse vorliegenden der britischen Staaten und eine Blüte ein. Deutlich wird nach dem Kriege vollständig nicht wieder zusammenzukommen. Da ich es interessant, zu wissen, wie sich die Gewerkschaften dort dazu stellen. Der französische Gewerkschaftsverband habe sich nicht so erhalten, wie es sich für seine Arbeit gezeigt, während in der Haltung der Engländer mehr mehr ausgesetzt sei. Lorenz gezeichnete das Bild des Friedens der Amerikaner und Briten in diesen Ländern; die Stadtkonferenzen hatten die Gewerkschaften aller britischen Gewerkschaften. Den Bedingungen der Amerikaner wurde das Verboten des Sozialen nach Frieden eingegangen. In allen Ländern soll der Krieg erkannt: Die Männer sterben!

Ende der Sitzung legte der Redner für das Frontal-Sekretariat zum Frieden.

Bei der weiteren Besprechung sei noch die Sicherheit des Fortschranks herausgehoben, die gleichfalls Lorenz gab. Er erinnerte die Freunde des Fortschranks der Gewerkschaften über Sicherstellung der gewerkschaftlichen Anstrengungen im Sinne der Fortbewegung zu tragen. Er sei vom Kammert verantwortigt, die Freunde der Gewerkschaften, dass die Anstrengungen befolgt würden.

Nach Erledigung der Rahmenvereinigung und der Wahl, die nach den Beschuldigungen erfolgte, schloss Bartsch, Dresden, die Sitzung ein und bemerkte, dass die ganze Tagung wirklich im Frieden stattfinden möge.

## Die Bohrmaschinenindustrie-Gewerkschaft im Jahre 1916.

Im 24. Januar 1916 berichtete der Gewerkschaftsrat, dass vor bereits zu dem Bericht gehöriger Gewerkschaftszeitung geordnet und damit rechtmäßig den bestehenden Vertrag des Gewerkschaftsverbandes konkordiert befreit. Auf dieser bestreiteten Sache soll an anderer Stelle aufmerksam erinnert werden, zumal die gewerkschaftliche Betriebsvertreter ebenfalls zu den Beratern der Gewerkschaften mit Sitzung zu nehmen haben. Dies ist jetzt der Vertreter der Gewerkschaften einzurichten, insbesondere ebenfalls gesetzten. Dieser ist sehr wichtig — am 21. Januar — auch im Bericht am 24. Januar die Gewerkschaftsberichterstattung der Maschinenindustrie-Gewerkschaft statt. Angetreten waren 28 Gewerkschaften mit 12.516 Stimmen, außer den Gewerkschaftsberichterstattern die Herren Generaldirektor und Generalrat und Bartsch, Dresden. Der geschäftsführende Gewerkschaftsrat berichtet die Gewerkschaftsberichterstattung vor dem Konsumverein, die Pro-

dustriegenosenschaft "Borussia" der Maschinenarbeiter in Hamburg sowie die Konsumvereine Dresden und Chemnitz.

Die wichtigsten Punkte der Berücksichtigung sind die Erklärungen zum Beratungsbericht und zum Bericht des technischen Aufsichtsbeamten. Nach dem Beratungsberichtsschreiben sei nun kurz folgendes wiedergegeben:

Die Betriebe der Nahrungsmittelindustrie, 36.866 gegenüber 34.842 im Jahre 1916, waren auch im Berichtsjahr wohl beschäftigt. Die von den Mitgliedern zur Umfrage nach-

möglich fern hinaus, dass den Beschäftigten gegenüber bestehende Wohlwollen insbesondere des Krieges aufrecht zu erhalten. Insbesondere wird dem Wirtschaftsamt gegeben, die Unfallverhinderungsmaßnahmen immer weiter auszuführen, momentan jedoch ausreichend der Dauer des Krieges in der Häufigkeit der technischen Aufsichtsbeamten scheinbar Einschränkungen einzutreten zu lassen.

Vertreterisch waren auch die Ausführungen des Gewerkschaftspräsidenten des Reichsversicherungsamtes, Herrn Dr. Hartmann, der auf einer vorangegangenen Reise leider noch nicht Wangel im Sache der Unfallverhinderung vorangegangen hat. Nach seiner Meinung drage der Bericht des Kammert dazu bei, dass den Maschinenarbeitern das Gewissen gegeben ist. Ein überzeugendes Urteil des Reichsversicherungsamtes ebenfalls auf dem Standpunkt der Gewerkschaftsvertreter. Offensichtlich sind die schwerwiegenden Verhältnisse des Krieges bald übersehen, damit wir die Unfallverhinderung weiter gemeinsam ausführen können. Herr Hartmann kann noch darum bitten, ihm doch, soweit infolge des Krieges Auswirkungen von schlechten Vorhaben zulässig seien, der Vorstand sich nicht für eine allgemeine Zulassung einzutragen, sondern sich die Entscheidung vom Fall zu Fall vorzuhalten habe. Dies gilt momentan für das Wirtschaftsamt des Reichsversicherungsamtes vom 20. Dezember 1916, betreffend Belehrung von weiblichen und jugendlichen Personen sowie Kriegsbeschädigten an gerichtlichen Behörden.

Herr Bartsch trat noch dafür ein, die Belehrung von jugendlichen vor 16 Jahren am gefährlichen Berufen zu verbieten.

Waldemar erwähnte der Vorstand noch, dass der auch von uns in Nr. 24 besprochene Bericht des Aufsichtsbeamten, ebenso wie ein von diesem herausgegebenes Buch, auch Zustimmung erfuhr.

Auf dem Gebiet der Unfallverhinderung wurde im Industrie-Kreis noch die Mittellosigkeit der Gewerkschaften als unzureichend bezüglich. Da die Gewerkschaften bestimmt für die Unfallverhinderung während der ersten zwölf Wochen einzutreten haben, so liegt ein Vorgehen gegen die Verschwendungen der Unfallverhinderungsmaßnahmen und die Veranlassung der Erfolglosigkeit mit in ihrem Interesse. Da es immer noch eine Menge von Maschinenfabrikanten gibt, die ungeschickte Maschinen trotz aller Mahnungen der Berufsgenossenschaften liefern, so würden wohl auch die Gewerkschaften erwägen müssen, ob sich nicht ein gemeinsames Vorgehen gegen fortwährend Fabrikanten empfehlt. Statistik und Grundbericht verprägen, in diesem Sinn müsste zu wollen. — Seitdem im Berichtsjahr gegen Unternehmer, denen an den Unfällen ein Verhältnis nachgewiesen war, seitens der Berufsgenossenschaft streitigemäss erhoben waren, zeigte die Verhandlung keine Geneigtheit, die betreffenden von ihrer Haftpflicht zu entbinden.

Noch Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und Genehmigung des Haushaltplanes für 1918 hatten die von einer fortgeschrittenen Sozialpolitik getragenen Verhandlungen ihr Ende erreicht.

**"Ihr Sohn sieht die weibliche Schönheit."**

Die obigen Worte bekam eine Mutter vom Direktor Heinrich Vogel der Firma Schreibmaschinenfabrik Hartwig & Vogel Aktiengesellschaft in Dresden zu hören, wie dieselbe sich im Berichte wegen Nichtauszahlung einer Leuerungszahlung an ihre Tochter erwiderte.

Der Sachverhalt ist folgender: Die Arbeiterin A. war bei H. & V. seit dem 12. Oktober 1916 als Putzfrau beschäftigt. Aufgrund Knappheit der Rohmaterialien gab man ihr häufig auch all den anderen Beschäftigten zu verarbeiten, dass sie sich ebenfalls um andere Arbeit gelegentlich umsehen möge, da es unbestimmt sei, ob sie dauernd weiterbeschäftigt werden könnte. Am 1. Januar anderweitig beschäftigt und standigte am 30. März auf 14 Tage. Eine Woche später wurde sie von der Direktion angehalten, doch noch erst in einem Werkraum die Inventur aufzunehmen, waslets als eine Betriebsaufgabe angesehen wird; die Direktion kannte die Arbeiterin als gewöhnlich.

Am 5. April (Gedenktag) kamte letztere dann im Gewerkschaftsamt der Firma Schön nach Ablauf der halben Kündigungszeit das Arbeitsverhältnis lösen. Ein gutes Zeugnis über Ehrlichkeit und ordnungsmässige Lösung des Arbeitsverhältnisses sowie der Abfahrtshinweis wurden ihr verliehen.

An diesem Tage wurde aber auch die Leuerungszahlung von der Firma zur Auszahlung gebracht; jedoch A. A. die fast sieben Jahre beschäftigt war, bekam dieselbe nicht ausbezahlt. Zum Betriebsleiter, bei dem sie deswegen vorstellig wurde, bekam sie die Antwort, sie hätte keinen Anspruch darauf, weil sie gefündigt hätte. Weiterer Vorstelligwerden beim Chef verließ ebenso und sollte ihrer Mutter weitere Mitteilung hierüber gemacht werden. Nachdem die Mutter einige Zeit auf Amtswort gewartet hatte, erkundigte sie sich bei Herrn Heinrich Vogel und bekam von ihm die Antwort: Ihre Tochter könne die Zahlung nicht bekommen. Sie hätte es durch angefangen. Ihr fehle die weibliche Schönheit. Frau A. machte noch darauf aufmerksam, dass doch ihre Tochter nun schon seit sieben Jahren zur Zufriedenheit arbeitete und in der Bekanntheit betreffs Leuerungszahlung doch siehe, dass jeder eine solche bekommen solle, wer seit dem 1. Januar beschäftigt sei. Die Mutter wies darauf hin, dass man mit den Leuerungen ihrer Tochter doch sehr aufzudenken gewesen sei, was das Abgangszeugnis bewirkt, wenn die Firma ihr die Zahlung vorerhalten wollte. Würde sie gezwungen sein, weiteres zu unternehmen. Ein Abschluss des Chefs und die weitere Antwort: "Aber Sie es nur, aber bekommen um Sie doch nicht."

Nun hatte sich das Gewerbege richt hiermit zu beschäftigen bei dem Hr. A. den Klageantrag auf Verzuzahlung von M 10 vorerhaltenen Leuerungszahlung gestellt hatte. Die Vertretung hatte die Verhandlungslösung am Ende übernommen. Vertreterin verließ resultlos. Im folgenden Termintag wurde die Firma beantragt, sämtliche Verhandlungen bezüglich der Leuerungszahlung vorzulegen, da der Vertreter der Firma zum Abschluss brachte, dass die gewünschte Zahlung von der Firma von Fall zu Fall beobachtet würde und doch alle Beschäftigten die in Abfindung stehen, sein Recht hätten. Dem Vertreter der Klagerin wurde auf-

gegeben, festzustellen, ob Klägerin vor Ablauf der regulären Fristdagung und mit Einverständnis der Firma das Arbeitsverhältnis gelöst hätte; wenn letzteres der Fall sei, würde ein Anspruch auf die Leistungszulage beweisfähig erscheinen. Zum nächsten Termin erwartete die Firma und der Betreuer der Klägerin den gewünschten Nachruf. Ein zukünftiger Entgeltungsversuch blieb ohne Erfolg; die Firma erfuhr, daß sie ein prinzipielles Urteil erreichte. Falls es ungünstig für sie ausgefallen wäre, würde sie im Befreiungsbuch nicht zur Auszahlung bringen; die Firma lasse sich nicht zwingen, eine solche Beweisurteil zu schaffen.

Das Urteil fiel zugunsten der Firma aus; die Klägerin wurde abgewiesen.

Begründend führte der Betriebsleiter aus, daß die Klägerin die Bedingungen zum Bezug der Leistungszulage nicht erfüllt habe, da sie im geäußerten Arbeitsverhältnis sich befand. Nach brachte es zum Ausdruck, daß dieses ja im Prinzip alles Wahrheit sei. Er entschuldigte aber der Firma nochmals, der Arbeiterin das Gelb zu zeigen, da eine Arbeiterin, die sieben Jahre auf Zuverlässigkeit gearbeitet und in vollem Einvernehmen das Arbeitsverhältnis löst, sicher die Zulage verdient habe.

Zu bemerken ist noch, daß die Firma bereits diesbezüglich vor das Gerichtshaus gerufen wurde; vertragte keine Fälle sind schon mehrere zu verzeichnen. Viele, viele andere Fälle wurden stillschweigend hingenommen. Im vorigen Jahre, im April, kam ein ähnlicher Fall zur Verhandlung. Da man als offizielle Seite die Firma bereit, der Arbeiterin die wöchentlichen M 10 zu zahlen, während der Gewerbegerichtsherrn dem damaligen Vertreter der Firma zu verstehen gab, er möge doch seiner Millionärfirma die Schärfe nicht andern und sie verneinen lassen.

Ob das obige Urteil dem Rechtsverständniß der Arbeiterschaft entspricht, muß jetzt besprochen werden. Man wird das Gefühl nicht los, daß zu sehr Rücksicht auf den toten Buchstabens des Gesetztexten genommen wird. Allgemein ist die Ausfassung verbreitet, daß benötigte Leistungszulagen in der jetzigen Zeit als Bestandteil des Lohnes anzusehen sind und daß manche Firmen sie lediglich als Mittelmittel benutzen, um zu verhindern, daß die Flucht der Beschäftigten vor den schlechten Löhnen nicht allzu sehr in Erachtung tritt. Wie verschieden die Machtsprache der Gewerbegerichts oftmaß ist, zeigt ein ganz plausibler Fall, der vor dem Berliner Handelsgericht vor einiger Zeit zur Aburteilung kam (veröffentlicht im "Vorwärts", Nr. 186, 1. Beilage). Dort hatte eine Firma in ihrer Bekanntmachung zum Ausdruck gebracht, daß jenen, die im geäußerten Verhältnis standen, keinen Anspruch auf die Leistungszulage hätten. Das Berliner Kaufmannsgericht nahm allerdings einen andern Standpunkt ein und verurteilte mit Recht die Firma zur Zahlung von M 100. Als das Dresdner Gewerbegericht auf dieses Urteil aufmerksam gemacht wurde, erklärte man dort: Angestellte hätten ein anderes Recht als die Arbeiter. Dem einfachen Arbeiter werden vorzeitige Urteile unverhältnismäßig werden.

Die Firma Hartwig & Vogel hat also Recht bekommen. Ihre Arbeiterschaft hat kein unantastbares Recht auf die Leistungszulage; sie hat aber das Recht, für diese Millionenfirma Mehrverlust zu schaffen und bei niedrigen Löhnen zu berufen. Hoffentlich zieht aber die Arbeiterschaft im Betriebe die Lektüre hieraus und erzwingt sich Rechte, die für die Firma dann Geschäft sind.

## Politische Kundgebung.

Die letzten Wochen beschäftigen das sperrende Interesse für die von der holländisch-französischen Armee getroffenen Vorarbeiten zu einem internationalen Kongreß der Sozialisten. Im Interesse der gewaltigen Gegenseite über Krieg und Frieden, die unter den sozialistischen Parteien aller Länder bestehen und in den langen Kriegsjahren mit Erfolg von den Chauvinistinnen verschärft wurden, ist es keine kleine Aufgabe, über die Friedensverhandlungen eine Einigung zu erzielen.

Schon die widersprechenden Nachrichten der offiziellen Presseagenturen in Frankreich und England über das Verhalten der dortigen Arbeitervertreter in Stockholm zeigten uns, daß in den Kreisen der Kriegshasser kein Mittel zur Hintertreibung der Friedensverhandlungen vertraut gelassen wird. Diese Elemente waren nur zu gut, daß bei einer Aussprache die Gegenseite gefärbt und der Weg zur Vereinigung gefunden werden muß. Sie müssen aber auch, daß dann die letzten Sirenen auf dem Wege zum Frieden wegpreisen werden und ihre Herrlichkeit zu Ende geht.

Bis jetzt liegt über das Ergebnis der Verhandlungen, die die Kommission mit den einzelnen Landesdelegationen führte, das Memorandum der deutschen Mehrheitsvertreter vor. Hierin ist ausführlich die Ansicht zu den herrschenden Streitfragen niedergelegt. Das Memorandum lehnt sich der Leitung des russischen Arbeiter- und Soldatenrates an: Friede ohne Annexionen und Kriegseinrichtung. Während bei den unterschiedlichen bürgerlichen Parteien das Schriftstück lediglich genehmigt und die Meinung ausgesprochen wurde, es sei nunmehr die Möglichkeit gegeben, auf dem angeführten Wege den Frieden herbeizuführen, fanden die Überzeugen wie Bevölkerung darüber. Erfreulicherweise steht hinter den Weltkriegsiegern nicht das Volk, sondern nur die sich im Kriege auf Kosten des Volkes verzehrenden Elitäre.

Weit wichtiger erscheint uns aber, welchen Eindruck das Memorandum auf die Sozialisten in den übrigen kriegsführenden Ländern macht. Nach der Tagessprache äußerte sich hierüber der französische Munitionsmüller Albert Thomas in der dänischen Parlamentssitzung sehr skeptisch. Das Auftreten der deutschen Sozialdemokratie ihrer Meinung und den übrigen gegenüber wirkt als sehr beeindruckend. Besonders Eich Lothringens — das die französische Regierung unter allen Umständen zu unterdrücken will — wird sich auf die Haltung Frau Marx, Petrel und Liebknecht im Jahre 1870 beziehen. Es müßte auch auf der internationalen Konferenz die Schätzfrage über den Ausgang des Krieges untersucht werden. Nur der deutschen Führung habe es über Zweifele, ob es einer kann hat, zur Konferenz zu gehen.

Wir vor Ihnen, können sich jeder unverzüglich eine schmeichelnde Schnäppchenfahrt zu einem einheimischen Kunden der Sozialdemokratie in den entsprechenden Kunden. Wenn die Schule liegt, können wir Kinder heute noch nicht feststellen; darüber wird die kommende Zeit den Schüler kümmern, wenn im Stilus des Volkstheaters wieder das Friedliche Unternehmens steht.

Kundinnen muss Ihnen sich über den französischen Sozialdemokraten Thomas, der die deutschen Kämpfer zum Vortron macht, daß die Angreifer gegenüber der Regierung sehr begeistert wären. Das Gegenteil ist aber augewandt: Die französische Regierung hat bis jetzt noch nicht die Erfahrung erlangt, daß die dortigen Vertreter der sozialdemokratischen Partei die Weise noch Stockholm anstreben können. Wir brauchen in dieser Fragestellung eine Rücksicht zu fordern, daß dagegen protestiert werden müsse, damit über die weitere Zustimmung zu dem von der Regierung geforderten Friedensabkommen. Solche Voraussetzung benötigen jedoch vom allgemeinen, den Deutschen über sehr bescheidenen Maßnahmen der Regierung gegenüber Rücksicht zu nehmen.

Denkbar ist der Friedenskriegler sich über die Frage zu stellen, welche die deutsche Regierung in der Wiederaufbau und das in einem Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — dem einzigen Regierungsaufzeichnen. Die Auskunft ist als Antwort auf die vom Willen an die deutsche Regierung gewünschte Rechte zu verstehen. Hier erhält die deutsche Regierung zum ersten und in dieser Weise, bezüglich Frieden noch niemals vorgenommenen oder angedeuteten geordnet wurde und daher kein Grund zur Verhinderung des Friedens vorhanden sein könnte. Sehr scheinen im Ausland noch die Erfolge der Gute die Oberhand zu haben, wenn die von dort kommenden Nachrichten mögen alle noch einen Sonderbrief mit Deutschland zurück. Das heißt auch die Auskunft des sozialdemokratischen Schweizer Nationalrates Grimm, der seinen Aufenthalt in England — wie es als Sozialdemokrat seine Pflicht ist — dazu bestimmt, um eine Abschaffung der Kriegszeit dort und Deutschland bestehenden Gegenseite zu erreichen und den Weg zum Frieden zu ebnen.

So viel steht fest, daß sich die Regierungen in den schweizischen Kunden in einer Sache vereint haben: Graubünden werden die Voraussetzung über den Zusammenschluß der Regierungen zu Friedensunterhandlungen. Die Kämpfer müssen mehr als bisher die Stimme für den Frieden erhalten. Die Friedensfähigkeit ist in allen Ländern gleich zu vernehmen. — Des grauenhaften Mordens ist genug! Schafft doch für die friedliche Weiterentwicklung aller Kulturräume!

## Verbandsnachrichten.

### Früttung.

Vom 18. bis 22. Juni gingen bei der Hauptfasse des Bezirks folgende Briefe ein:

Für Mai: Strasburg M 15,15, Bad Reichenhall 12,70, Bremervörde 11,22, Leipzig 1. Zug 53,98, Hanau 12,15, Gießen-Borken 23,97, Erfurt 20,20, Greifswald 36,65, Bamberg 11,40, Domstadt 41,92, Lörrach 36,44, Sonnenberg 20,82, Königsberg 50,35, Stuttgart 123,72.

Von Einzelzählern der Hauptfasse: R. R. am selbe M 1,10, F. S. am selbe 2,50, F. O. Mögeln 9,80, C. I. Hamm 13, F. M. Sibbesdorf 12, G. M. Oberndorf 8,40.

Für Abonnements und Annoncen: Solingen M 3,60.

Mit der Hauptfasse restieren für Mai: Bremenhaven, Hafensleben und Halberstadt.

Für April und Mai: Siehe.

Für Januar bis Mai: Spremberg. O. Freitag.

Bei Kollegen aus demselben für Heisterkampfzweck.

Um die Hauptfasse gekündigt: Von B. Schmidauer-Kolonne 38, M 22. Städter quittiert M 4255,27, heute quittiert M 22, zusammen M 4247,27.

### Sterbetafel.

Hamburg-Altona. Hartwig Springe, Bäcker, 56 Jahre alt.

Rostock. Wilhelm Mahn, Bäcker, 37 Jahre alt.

### Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Köln. Peter Geller (Cöln a. Rh.), gestorben.

Bezirk Hamburg-Altona. Max Hennig, Konditor (Hamburg), 31 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

### Johannitungen und Streiks.

#### Bäder.

**Zurückhaltung in Wöchenheim.** Wie uns aus Wöchenheim berichtet wird, hat die Bädermeisterei den Todesvertrag gefälscht. Während in der Zeit des Krieges jenseitig zwischen ihnen, die Unternehmer bestreit, daß mit den Arbeitersorganisationen getroffene Abmachungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten, verjüngten in einer Anzahl bürgerlicher Städte die Bädermeisterei, daß solcher Abmachungen zu entledigen. Die günstigste Zeit zur Errichtung ihres Ziels erachtet sie jetzt, wo seit die gesamte Bürgerschaft im Kriegsdienst ist, um sie förmlich dem Tode ins Auge sehen, die größten Wälder und Straßen trocken müssen und Gut und Blut für ihr Vaterland lassen. Da führen es die zu Haus gebliebenen Bädermeister in Wöchenheim für zweckmäßig, die mit der Reichsstaatsorganisation getroffenen Abmachungen zu kündigen. Mit diesem Vorgehen werden aber sicher die Frühlingssammlungen von Wöchenheim, für im Felde stehen und mit unsfern Verbündeten kämpfen Freude und Freiheit teilen, nicht unterstützen sein. Sollten bei dem kriegerlichen Kampf weniger beteiligte Bädermeistereien andere treibende Kräfte hinter den Kämpfern am Werk sein? Hoffentlich wird die Frühling ihr Ziel nicht erreichen, und die Spenden, die wir uns im Vermögen aufgestaut haben, werden anders verteilt.

Wieder von Wöchenheim, für im Felde stehen und mit unsfern Verbündeten kämpfen Freude und Freiheit teilen, nicht unterstützen sein. Sollten bei dem kriegerlichen Kampf weniger beteiligte Bädermeistereien andere treibende Kräfte hinter den Kämpfern am Werk sein? Hoffentlich wird die Frühling ihr Ziel nicht erreichen, und die Spenden, die wir uns im Vermögen aufgestaut haben, werden anders verteilt.

### Frühlingssammlungen in Geschäftsbüros.

**Der Kaufmänner in München erhöhte die Frühlingssammlung auf 10. Dunn am zweiten M 2 monatlich, je das nunmehr die Bäder M 8 pro Woche am Zulage erhalten. Zu Betrieb kommen 11 Kollegen.**

**Die Bäder im Kaufmännerbetrieb München bestimmten monatlich ab 1. Mai eine weitere Frühlingssammlung von M 2 pro Woche. Die Frühlingssammlung bringt nunmehr M 7,50 monatlich für die Bäder und M 1 pro Woche für die Arbeiterschaft.**

**Mit dem Kaufmänner in Sachsenhausen wurde die Frühlingssammlung geöffnet, den Kaufmännischen für die Arbeiterschaft auf M 24 rezipieren. Der Frühlingssammlung bringt noch wie vor M 16.**

### Korrespondenz.

#### Bäder.

In den Särgen Regensburg und Nürnberg finden in der Zeit vom 1. bis 20. Juni Brotzeitversammlungen gegen die Wiederaufnahme der Nacharbeit statt. Die Versammlungen in Augsburg, Passau, Straubing, Regensburg, Amberg, Nürnberg, Würzburg und Erlangen waren sehr gut besucht und brachten aus einer schönen Anzahl Neuanmeldungen vollständig traten die Kollegen von Erlangen zur Versammlung an und dem Verbund bei. Die Diskussionen in den Versammlungen bewegte sich überall in gemeinsamen Saiten, so daß in dieser Frage vollständige Einigkeit bei allen Kollegen vorhanden ist. Eine diesbezügliche Resolution, die in der Tagesspreche veröffentlicht wurde, sond überall einstimmige Zustimmung. Nach der Stimmliste der Kollegen bringt die Wiederaufnahme der Nacharbeit in den Särgen ebenfalls aus beiden Bäder und folgen. Mögen die Kollegen in den Brotzöpfen und Getreidezöpfen ebenfalls ihren Mann stellen; dann wird und muß die Schande des zwangsläufigen Schuhwerks (die Nacharbeit in den Bäder) verbannt bleiben. Hier auf die jedoch Arbeitssuche ihren allgemeinen Eingang halten, als daß dieser Mittelland eintritt. In vielen Orten ist ja schon am dem Marke, ja selbst in Sangerhausen nur mehr ein einziger Bäcker an den Sonntagen. In den übrigen Orten gibt es ebenfalls jeden Bäcker, die nicht nur selbst an Sonntagen ihre Bäckerei haben wollen, sondern auch den Gehilfen und Schülern diejenige gönnen. Deshalb, Kollegen, verleiht mir Güte heiligsten.

**Braunschweig.** Im Sommerabend, 16. Juni, legt hier eine allgemeine Bäderversammlung zu der auch die Arbeitgeber im Bäderverein eingeladen waren. Leider war die Versammlung nur möglich besetzt; die Bädermeister waren jedoch vertreten; doch hatte der Vorstand der Bäderunion Braunschweig ein Schreiben gebracht, welches mit der wichtigsten Frage: Verbot der Nacharbeit und Zusammenlegung der Kleinbetriebe, befaßt und sein höchstes Einvernehmen zu unseren Forderungen befestigte. Auch eine Gingabe an die Herzogliche Staatsregierung sei bereits von ihm zu dem gleichen Zweck abgelehnt worden, wie auch bei der Bäderversammlung in gleichem Sinne zum Thüring gebraucht worden. Der Referent, Kollege Freitag, Bäckerei, beleuchtete an der Hand des vorliegenden Materials die Beziehungen der Bädermeister im Bäderverein, gab erneut die Gingabe an die einzelnen Bädermeister bekannt und forderte die Kollegen auf, alles auszuhören, damit die Nacharbeit nicht wiederkehre. Die Zustimmung des anwesenden Bädermeisters zu den Ausführungen des Referenten wurde von den Kollegen freudig begrüßt. Gleiche Ziele und Beziehungen in diesen Fragen lassen die Anträge des Gegners nicht zur Wirklichkeit werden.

### Aus Internatsschulen.

#### Schulmeister.

**Zur einen wichtigen Tagtag brach auf der Bremer Tagung des Norddeutschen Verbandes der Internatsschulmeister Herr Spangenberg, Hamburg, eine lange Diskussion über die Ausführungen seines Vortrags. Infolge der Debatte bestreit, daß seine Ausführungen Inhalt der verschiedenen Herren untersucht wurde, in aus dem in der Sächsischen Kindertageserziehung erläuterten Bericht nicht erfassbar, ob auch diese Anregung zum Beobacht der Nacharbeit und Zusammenlegung der Kleinbetriebe, befaßt und sein höchstes Einvernehmen zu unseren Forderungen befestigte. Auch eine Gingabe an die Herzogliche Staatsregierung sei bereits von ihm zu dem gleichen Zweck abgelehnt worden, wie auch bei der Bäderversammlung in gleichem Sinne zum Thüring gebraucht worden. Der Referent, Kollege Freitag, Bäckerei, beleuchtete an der Hand des vorliegenden Materials die Beziehungen der Bädermeister im Bäderverein, gab erneut die Gingabe an die einzelnen Bädermeister bekannt und forderte die Kollegen auf, alles auszuhören, damit die Nacharbeit nicht wiederkehre. Die Zustimmung des anwesenden Bädermeisters zu den Ausführungen des Referenten wurde von den Kollegen freudig begrüßt. Gleiche Ziele und Beziehungen in diesen Fragen lassen die Anträge des Gegners nicht zur Wirklichkeit werden.**

### Großindustrie.

**Keine Betriebszusammenlegung in der Schuhfabrik und Zigarettenfabrik. Die Zeitschrift "Schuh und Bäder" berichtet:**

**Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, haben die Beratungen im Kriegszamt (Sag) ergaben, daß eine organisierte Zusammenlegung der Schuhfabrik und Zigarettenfabrik von zentraler Stelle unvermeidlich ist.**

**Dieser Beobachtung bedient sich selbstverständlich nicht, daß nun etwa die Schuhfabrik- und Zigarettenfabrik nicht zum Preußischen Wirtschaftsdienst im Sinne des § 2 des Wirtschaftsgerichts gehörte. Vielmehr wird durch Beobacht des Kriegszamtes die Tätigkeit der Betriebs- und Gewerbeaufsichtsbehörde nicht berührt, die nach wie vor in einer**

